

Antrag 35/I/2022**ASF LFK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Städte geschlechtergerecht entwickeln!****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

- 1 Um Gleichstellung in der Stadtentwicklungspolitik voran-
- 2 zutreiben, werden alle Partei-, Fraktions- und Regierungs-
- 3 mitglieder der SPD in Bund und Land aufgefordert, sich für
- 4 folgende Maßnahmen einzusetzen:
- 5
- 6 • Die Einführung einer umfassenden Datenbank auf-
- 7 geschlüsselt nach Geschlechtern ist die wichtigs-
- 8 te Grundlage, um geschlechtergerechte Städte ver-
- 9 lässlich entwickeln zu können. Diese muss auf Bun-
- 10 desebene geschaffen werden. Neben Informationen
- 11 zu Arbeitsentgelt, Haushaltseinkommen, Familien-
- 12 struktur, Eigentums- und Vermögensverhältnissen
- 13 und Nutzung von Verkehrsmitteln und anderen öf-
- 14 fentlichen Dienstleistungen soll sie auch Daten zur
- 15 Identifikation von Orten liefern, an denen es häu-
- 16 fig zu sexistischen Übergriffen kommt. Es bedarf ei-
- 17 ner Übersicht, welche geschlechtsspezifischen Da-
- 18 ten auf Städteebene in der EU verfügbar sind.
- 19 • Die Festsetzung von Gender Budgeting und Gender
- 20 Mainstreaming auf allen Verwaltungsebenen ist ein
- 21 weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer ge-
- 22 schlechtergerechten Stadtentwicklung. Dies muss
- 23 sich vor allem auch in der Implementierung von
- 24 gleichstellungspolitischen Kriterien im öffentlichen
- 25 Vergaberecht, im Haushaltsrecht, im Zuwendungs-
- 26 recht und bei der Entwicklung von Städtebaupro-
- 27 grammen widerspiegeln. Laut der Gleichstellungs-
- 28 strategie für 2020-2025 legt die EU-Kommission ei-
- 29 nen Fokus darauf, mit der Richtlinie für sozialver-
- 30 antwortliche öffentliche Auftragsvergabe auch Ge-
- 31 schlechtergerechtigkeit bei allen öffentlichen Auf-
- 32 trägen beachten zu wollen. Dieses Ziel muss auch
- 33 in Deutschland auf allen Verwaltungsebenen einge-
- 34 halten werden. Um die oftmals versteckten Auswir-
- 35 kungen von Programmen und Maßnahmen auf un-
- 36 terschiedliche Bevölkerungsgruppen auch auf un-
- 37 teren Verwaltungsebenen bestmöglich analysieren
- 38 zu können, sollte auf Bundesebene eine Taskforce
- 39 eingesetzt werden, die einen Leitfaden zur Hilfe bei
- 40 der Analyse und Aufstellung von Programmen und
- 41 Haushalten, erstellt.
- 42 • Ein verstärkter Fokus muss auf die Interdisziplinari-
- 43 tät in allen Ausführungsschritten der Stadtplanung
- 44 gelegt werden: So müssen beispielsweise auch bei
- 45 der Aufstellung der Bebauungsplänen und im ge-
- 46 samten Bauplanungsprozess noch stärker Interes-
- 47 senvertreter:innen und Expert:innen für Gleichstel-

- 48 lung einbezogen werden, um den Ansprüchen an eine
49 ne „Stadt für Alle“ gerecht zu werden.
- 50 • Die verbindliche Einbeziehung der lokale Inter-
51 essenvertretungen (z.B. Frauen-, Gleichstellungs-
52 , Queer-, Migrations-, und Senior:innenbeauftragte,
53 Fraueninstitutionen, Frauenprojekte, Frauenrat,
54 Frauenhäuser, Vertreterinnen von Frauen mit Behin-
55 derung, etc.), Jugendämter und Gender Mainstream-
56 ing Expert:innen im frühen Stadium der Planung,
57 der Durchführung und Evaluation von städtebaulichen
58 Vorhaben ist erforderlich.
- 59 • Bei Digitalisierungsprozessen in der Verwaltung
60 und bei städtebaulichen Vorhaben müssen Gleich-
61 stellungsexpert:innen einbezogen werden, um die
62 oft fehlende Repräsentation in MINT-Berufen (MINT
63 = Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-
64 Technik) von Frauen auszugleichen. Auf EU-Ebene
65 stellen Männer mehr als acht von zehn Arbeitneh-
66 mer*innen in MINT-Berufen. Diesem Mangel an
67 Vielfalt muss in der Planung und Durchführung
68 aktiv begegnet werden. Es gilt, bereits bestehende
69 Technologien auf Gendergerechtigkeit zu unter-
70 suchen und Gender Mainstreaming-Expert:innen
71 aktiv in kommenden Prozessen auf allen Verwal-
72 tungsebenen einzubinden.
- 73 • Die paritätische Besetzung von Gremien und Juries,
74 die städtebauliche Vorhaben und Wettbewerbe be-
75 gleiten und ausschreiben, ist sicherzustellen.
- 76 • Polyzentrische Strukturen müssen geschaffen wer-
77 den: Städtebauliches Ziel ist die Entwicklung lokaler
78 Zentren, in denen Dienstleistungs- und Infrastruk-
79 tureinrichtungen und Wohngebiete dezentral orga-
80 nisiert, gut vernetzt und aufeinander abgestimmt
81 werden, um so den diversen Fortbewegungsarten
82 von Frauen Rechnung zu tragen. Frauen legen häufi-
83 ger Versorgungswege zurück und sind häufiger mit
84 ihren Kindern unterwegs. Dies erfordert insbeson-
85 dere den Ausbau eines umweltfreundlichen ÖPNV
86 (Taktung, Zeiten etc.), sicherer und gut ausgebauter
87 Radwege und breiter barrierefreier Gehwege.
- 88 • Erforderlich ist die Bereitstellung eines breiten Spek-
89 trums an Wohnungstypen und bezahlbarem Wohn-
90 raum, um auch alleinerziehenden Elternteilen, Seni-
91 or:innen und weiteren diversen Bevölkerungsgrup-
92 pen ein lebenswertes Zuhause in allen Stadtberei-
93 chen zu ermöglichen. Da Frauen und Senior:innen
94 im Durchschnitt weniger Einkommen oder Rente
95 beziehen, sind sie überdurchschnittlich hart von den
96 stark steigenden Mieten in Ballungsgebieten be-
97 troffen.
- 98 • Die Ausweitung von qualitativ hochwertigen öf-
99 fentlichen Nutzungsflächen und Grünanlagen muss
100 systematisch voran getrieben werden, um Treff-

punkte innerhalb von Quartieren zu schaffen.

- Gendergerechtes Bauen und gendergerechte Stadtentwicklung ist zum verbindlichen Bestandteil von Lehrplänen einschlägiger Studienrichtungen zu machen.

Der vorliegende Antrag ist ein Diskussionsauftakt. Im Rahmen einer folgenden Landesfrauenkonferenz soll die ASF Berlin sich mit dem Thema gendergerechte Stadtplanung und gendergerechte Mobilität im Detail beschäftigen.

Begründung

[Einleitung]

Gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse werden in räumliche Strukturen eingeschrieben, Räume und Städte sind geschlechtlich geprägt. Wie wir unsere Räume gestalten, beeinflusst die Teilnahme am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben für Frauen, Migrant:innen, LGBTI, Menschen mit Behinderung, Arme, Obdachlose und andere marginalisierte Gesellschaftsgruppen.

Gender Mainstreaming wurde 1997 mit dem Amsterdamer Vertrag, der 1999 in Kraft trat, vom Rat der Europäischen Union als internationale Strategie eingeführt. Seitdem gilt, dass öffentliche Einrichtungen die Dimension „Gender“ in allen Planungen und Projekten, bei allen Maßnahmen und Entscheidungen zu beachten haben. Gender-Perspektiven müssen in alle Schritte des Planungsprozesses integriert werden. Das fängt bei der Analyse an und muss über die Zielformulierung und die Implementierung und Evaluierung der Maßnahmen fortgeführt werden. Im Mittelpunkt müssen dabei die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Menschen unter Einbezug von Geschlecht, Alter, sozialem und kulturellem Hintergrund stehen. Aus diesen unterschiedlichen Merkmalen ergeben sich unterschiedliche Ansprüche an öffentlichen Raum und Stadtplanung. Effektive Stadtentwicklung kann nur gelingen, wenn diese Gruppen berücksichtigt werden. Die Ansprüche dieser Gruppen können nur berücksichtigt werden, wenn sie in allen Schritten der Entwicklung einbezogen werden.

Auf dieser Grundlage sind folgende Maßnahmen geeignet, das Ziel einer geschlechtergerechten Stadtentwicklungspolitik zu erreichen.

Die Datenlücke schließen

Nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Daten sind der Schlüssel zur Bekämpfung von Ungleichheit. Um die geschlechtsspezifische Dimension der Stadt zu verstehen, ist es notwendig, reale Unterschiede sehen und interpretieren zu können; so zum Beispiel in Bezug auf

154 Arbeitsentgelt, Haushaltseinkommen, Familienstruktur,
155 Unternehmens- und Wohnungseigentum, Nutzung von
156 Dienstleistungen, wie etwa öffentlichen Verkehrsmitteln
157 und in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Insbeson-
158 dere braucht es aber auch Daten zur Identifikation von Or-
159 ten, an denen häufig sexualisierte Übergriffe und Strafta-
160 ten auftreten. Die Einführung einer umfassenden Daten-
161 lage ist die wichtigste Grundlage, um geschlechtergerech-
162 te Städte verlässlich entwickeln zu können. Bislang gibt es
163 kein klares Bild darüber, wie viele geschlechtsspezifische
164 Daten auf Städteebene in der EU verfügbar sind. Daten-
165 und Wissenslücken beziehen sich nicht nur auf verschie-
166 dene Politikbereiche, sondern auch auf Erfahrungen und
167 Bedürfnisse, die oft nicht repräsentiert werden oder mit
168 den üblichen Datenerhebungsmethoden unsichtbar blei-
169 ben.

170

171 **Mit Gender Mainstreaming und öffentlicher Auftragsver-**
172 **gabe Gleichstellung umsetzen**

173 Die konsequente Beachtung von Geschlechtergerechtig-
174 keit in der Haushaltsplanung (Gender Budgeting) und
175 die Analyse von Maßnahmen, Programmen und Gesetzen
176 auf das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Main-
177 streaming) muss auf allen Verwaltungsebenen fest veran-
178 ktert werden, um auch in der Stadtentwicklung Geschlech-
179 tergerechtigkeit zur Selbstverständlichkeit werden zu las-
180 sen. Auch hier ist „Repräsentation“ ein Schlüssel zum Er-
181 folg. Um die oftmals versteckten Auswirkungen von Pro-
182 grammen und Maßnahmen auf unterschiedliche Bevöl-
183 kerungsgruppen auch auf unteren Verwaltungsebenen
184 bestmöglich analysieren zu können, sollte auf Bundesebe-
185 ne eine Taskforce eingesetzt werden, die einen Leitfaden
186 zur Hilfe bei der Analyse und Aufstellung von Program-
187 men und Haushalten, erstellt.

188

189 Auch das öffentliche Vergaberecht bietet die Möglichkeit,
190 Geschlechtergerechtigkeit zur Priorität zu machen. Laut
191 der Gleichstellungsstrategie für 2020-2025 legt die EU-
192 Kommission einen Fokus darauf, mit der Richtlinie für so-
193 zialverantwortliche öffentliche Auftragsvergabe auch Ge-
194 schlechtergerechtigkeit bei allen öffentlichen Aufträgen
195 beachten zu wollen. Dieses Ziel muss auch in Deutsch-
196 land auf allen Verwaltungsebenen eingehalten werden.
197 Die Integration von Kriterien der Geschlechtergerechtig-
198 keit bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen kann ei-
199 nen wesentlichen Beitrag leisten, Ungleichheiten abzu-
200 bauen. Gleichzeitig kann die öffentliche Hand so mit gu-
201 tem Beispiel vorangehen und Nachahmungseffekte und
202 -anreize im privaten Sektor erzielen.

203

204 **Repräsentation und Partizipation: Frauen und Expert:in-**
205 **nen in Planungsprozesse einbinden**

206 Egal, ob bei der Planung, Durchführung oder Evaluati-

on städtebaulicher Vorhaben oder der Bewertung von Einreichungen bei Wettbewerben für die Gestaltung von Bauvorhaben: eine paritätische Besetzung entsprechen der Gremien und Jurys und die frühzeitige Einbindung von entsprechenden Expert:innen sichert eine geschlechtergerechte Stadtentwicklung. Nur, wenn Frauen und entsprechende Expert:innen frühzeitig beteiligt werden, ist Partizipation im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit sichergestellt. Viel zu lange haben ausschließlich Männer Städte und Räume geplant und entwickelt und die Bedürfnisse von Frauen und anderen gesellschaftlichen Gruppen wurden nicht hinreichend berücksichtigt.

219

Digitalisierungs- und Modernisierungsprozesse geschlechtergerecht gestalten

Auch die Digitalisierung bringt großes Potenzial in der Stadtplanung mit sich. Doch auch hier müssen geschlechtergerechte Aspekte mit in die Konzeption und Umsetzung einfließen. Algorithmen sind nur so neutral wie das Team, das sie entwickelt. Datenerfassung und -analyse zur Verbesserung von Dienstleistungen und Lebensqualität für Stadtbewohner:innen zu verbessern und neue Möglichkeiten zum Lernen und Handeln zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter zu ermöglichen, ist ein wichtiges Ziel. Auf EU-Ebene stellen Männer mehr als acht von zehn Arbeitnehmer:innen in MINT-Berufen. Diesem Mangel an Vielfalt muss in der Planung und Durchführung aktiv begegnet werden. Es gilt, bereits bestehende Technologien auf Gendergerechtigkeit zu untersuchen und Gender Mainstreaming-Expert:innen aktiv in kommenden Prozessen auf allen Verwaltungsebenen einzubinden.

239

Wohnungsbaupolitik im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit

Da Frauen und Senior:innen im Durchschnitt ein geringeres Einkommen haben, sind sie überdurchschnittlich hart von den steigenden Mieten in Ballungsgebieten betroffen. Dadurch werden gerade alleinerziehende Mütter, Senior:innen und alleinstehende Frauen aus Ballungsgebieten verdrängt. Deshalb muss eine soziale Stadtentwicklungspolitik aktiv für eine Abfederung dieser besonderen Härten sorgen, indem die soziale Situation und die unterschiedlichen Lebensphasen der Bevölkerung berücksichtigt werden. Zum einen muss daher der soziale Wohnungsbau massiv gefördert werden. Unter der neuen Regierung sollen in Deutschland 100 000 öffentlich geförderte Wohnungen im Jahr entstehen. Bei der Planung und der Vergabe dieses geförderten Wohnraums müssen strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen besondere Berücksichtigung finden. Dazu bedarf es auch einer Verstärkung der Anreize für private Bauträger:innen, sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

260

261 Zum anderen muss dafür gesorgt sein, dass der soziale
262 Wohnungsbau seinerseits nicht an den Rand der Städ-
263 te gedrängt wird. Die Aufstellung von Bebauungsplänen
264 und die Architektur im Wohnungsbau können ganz kon-
265 kret vor Ort für eine soziale Durchmischung und Berück-
266 sichtigung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen sor-
267 gen. So müssen in einer sozialen Stadt die Bedürfnisse von
268 Senior:innen durch Barrierefreiheit beachtet werden, Al-
269 leinerziehende können durch kurze Wege zu Betreuungs-
270 einrichtungen und Schulen massiv entlastet werden und
271 Alleinstehende werden durch kleinere Wohneinheiten in
272 den sozialen Kontext eines Vorhabens einbezogen. Der
273 Bau von überdimensionierten Luxuswohnungen schafft
274 keine lebenswerte Stadt! Ziel muss es deshalb sein, durch
275 ein vielfältiges Angebot an Wohnungstypen durch kon-
276 krete bauliche Angebote an Kinder und Senior:innen eine
277 Stadt zu gestalten, in der jede:r gut leben kann.

278

279 **Lokale Zentren für gute Nachbar:innenschaft**

280 Um lebenswerte Quartiere zu erschaffen, ist eine gu-
281 te Vernetzung der wichtigsten Orte in den lokalen Zen-
282 tren unbedingt notwendig. Diese polyzentrische Struk-
283 tur muss bei städtebaulichen Vorhaben zum Standard
284 werden. Dienstleistungs-, Infrastruktureinrichtungen und
285 Wohngebiete müssen gut vernetzt und aufeinander abge-
286 stimmt werden, damit alle Bürger*innen durch die Stadt-
287 planung ohne größere Hürden am gesellschaftlichen Le-
288 ben teilhaben können. Dies schließt insbesondere auch
289 die Verkehrswege mit ein. Zu lange wurden in Deutsch-
290 land Städte mit dem Fokus auf den Automobilverkehr
291 geplant. Dies ist Ausdruck einer männlich dominierten
292 Stadtplanung, die mit der immer noch ungleichen Vertei-
293 lung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zusam-
294 menhängt. Während Männer immer noch häufiger lange
295 Strecken mit dem Auto, oft vertikal aus den Randgebieten
296 in den Stadtkern, zurücklegen, benutzen Frauen häufiger
297 den ÖPNV, Geh- und Radwege. Frauen sind zumeist immer
298 noch darauf angewiesen, kurze Wege zurückzulegen und
299 bewegen sich eher horizontal innerhalb der Stadt. Um ih-
300 ren Bedürfnissen gerecht zu werden, muss in der Stadtpla-
301 nung ein größerer Fokus auf sichere und gut ausgebaut-
302 e Radwege, breite und barrierefreie Gehwege sowie ei-
303 nen massiven ÖPNV-Ausbau gelegt werden. Diese Wege
304 müssen schon bei der Stadtentwicklung mitgedacht wer-
305 den. Ein Hauptaugenmerk sollte darauf gelegt werden,
306 die sozialen Treffpunkte, Gewerbegebiete und zentralen
307 Verwaltungsgebäude leicht und sicher erreichen zu kön-
308 nen.

309

310 Der Ausbau von sicheren alternativen Mobilitätsstruktu-
311 ren hat selbstredend massive positive Synergieeffekte auf
312 die klimapolitischen Ziele von Städten. Sowohl Lärm, als

313 auch Feinstaub und Co2-Belastung können hier enorm re-
314 duziert werden.

315

316 **Stadtentwicklung mit Fokus auf Treffpunkte und Grünan-**
317 **lagen**

318 Die Ausweitung von qualitativ hochwertigen öffentlichen
319 Nutzungsflächen und Grünanlagen, ist ein wichtiger Bei-
320 trag, um die Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Der
321 ökonomischen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern
322 kann so entgegengewirkt werden. Darüber hinaus schaf-
323 fen dezentrale Grünanlagen Orte der Begegnung und
324 des Austauschs in polyzentrischen Nachbar:innenschafts-
325 strukturen und wirken so Vereinsamungstendenzen ent-
326 gegen. Neben positiven Effekten auf die psychische Ge-
327 sundheit haben dezentrale Grünflächen im Stadtgebiet
328 auch positive Auswirkungen auf die physische Gesund-
329 heit der Bewohner:innen. Sie wirken darüber hinaus als
330 Gemeingüter der sozialen und ökonomischen Ungleich-
331 heit entgegen.

332

333 **Gendergerechtigkeit als Teil der Lehrpläne**

334 Nur wenn gendergerechtes Bauen und gendergerechte
335 Stadtentwicklung Teil der Lehrpläne ist, kann bei Stu-
336 dierenden ein Bewusstsein für die Notwendigkeit und
337 den enormen Vorteilen von Gendermainstreaming in der
338 Stadtentwicklung geschaffen werden.